

Die wirtschaftlichen Kriegsziele unserer Gegner
und die Pariser Konferenz. 53

Bedingungen zu einer solchen Zahlungsmöglichkeit, nämlich lebhaftere deutsche wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege, aufgehoben würden“.

Auch der „Economist“ will von einem auf dem Schutz-zoll beruhenden Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß nichts wissen. Eine Unterbindung des Handels mit den Mittel-mächten würde nichts anderes bedeuten als die Verlegung eines großen Teiles des Londoner Geschäfts nach Newyork, Amsterdam und Kopenhagen. Er möchte auch nicht die 120 Millionen Konsumenten der Mittelmächte wegen der 20 Millionen Abnahme in den Kolonien verlieren.

Die „Nation“ vom 11. März hat ähnliche Bedenken und möchte die großen Umsatzmöglichkeiten auch mit dem späteren Deutschland nicht aufs Spiel setzen. Auch in diesem Blatte spielt die Kriegsentschädigung eine große Rolle: „Ferner müssen die deutschen Kaufleute darauf rechnen, daß sie für den Krieg zu büßen haben werden, den ihr Herrscher nicht nur gegen Nationen, sondern gegen alle Humanität führte.“

Ein Artikel der „Daily News and Leader“ vom 10. März ist mit der Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens wohl einverstanden, aber auch er fordert eine Kriegsentschädigung und daher die Möglichkeit für Deutschland, diese zu beschaffen.

Es gibt auch hier und da noch ruhige Köpfe, die den Gedanken, eine große Handelsnation zu boykottieren, als ein Hirngespinnst bezeichnen, und der „Economist“ macht darauf aufmerksam, daß die Free-trade-Union im Jahre 1907 feststellte, daß Deutschland für Kammgarne und Alpaka-Garne mehr Spinnereien in Bradford im Betriebe hielt als die gesamte übrige Welt, und daß Deutschland ebenfalls der beste Kunde für Garne in Lancashire war.

Während Englands Handelsneid sein Ziel unbeirrt durch den unerwarteten Verlauf der Kriegsereignisse fest im Auge behält, ist der französische Haß, der 45 Jahre hindurch geschürt und immer wieder von neuem angefacht wurde, blind gegenüber seinen eigenen Interessen. In dieser Beziehung brauche ich nur hinzuweisen auf die Folgen eines Handels-verbotes der Verbündeten nach dem Kriege mit den Mittel-mächten, oder auf die Folgen einer etwaigen Verabredung, nur mit gegenseitiger Zustimmung Handelsverträge mit ihnen abzuschließen, Folgen, die ich für Frankreich bei dem dahin zielenden Streben Englands angedeutet habe.

Nach den einstimmig herrschenden Anschauungen ist das Minimum der französischen Forderungen — die Zurück-gabe von Elsaß-Lothringen! Das ist auch, soweit man beurteilen kann, der Standpunkt der französischen Regierung.

Aber viele Franzosen verlangen mehr. „Um Frankreich dauernd vor einem Angriff von deutscher Seite zu schützen,“ heißt es am 19. April im Bericht der „Köln. Volksztg.“, der auf den Ausführungen des Pariser Korrespondenten des „Maasbode“ beruht, „fordern sie die Einverleibung des linken Rheinufers. Nach ihrer Meinung, die sie in Zeitungs-artikeln, in Broschüren und in öffentlichen Versammlungen vertreten, ist diese Annexion notwendig, wenn anders man an Deutschland einen für die Zukunft ungefährlichen Nachbar haben will.“

Diese Auffassungen wurden durch die französische Presse bestätigt. So schreibt der „Gaulois“ vom 8. April: „Indem Frankreich sich bis zum Rhein ausdehnt, wird es nicht nur dem Gebote seiner Geschichte und den Forderungen seines politischen Lebens, sondern dem Gesetz seiner natürlichen Gestalt folgen.“

„Libre Parole“ bespricht am 12. April die Rede Asquiths vor seinen französischen Gästen mit den Hervorhebungen:

„Der Verband müsse die Deutschen nach Deutschland zurückwerfen und sie zwischen dem Rhein und den Ländern einsperren, die sie den Polen und Tschechen geraubt haben. Das sei Asquiths Kriegsziel, es bezwecke die unbedingte

Achtung der Rationalitäten, den Wiederaufbau Europas auf harmonischer Unterlage und sogar die Erhaltung Deutschlands mit ausschließlich rassereinen Deutschen. Dort mögen sie unter Sicherheitsmaßregeln leben, die es ihnen unmöglich machen, auszubrechen, ihre Nachbarn zu schinden und zu unterwerfen.“

Sehr interessant sind die Kriegsziele der französischen Eisenindustrie, die aus den Veröffentlichungen des „L'Œuvre“ bekannt wurden und die die Eingaben des „Comité des Forges“ besprechen. Der Gedankengang ist kurz folgender: Die Einverleibung Elsaß-Lothringens mit seiner umfangreichen Industrie und im besonderen seiner gewaltigen Eisenindustrie würde Frankreich noch mehr als bisher in seinem Brennstoffbezug — Kohle und Koks — vom Ausland abhängig machen. Daher müßte auch das Saar-kohlenbecken Frankreich zugeteilt werden. Mit diesen Ein-verleibungen käme aber eine so gewaltige Eisen- und Stahl-industrie in Frankreichs Besitz, daß Absatzschwierigkeiten ent-ständen. Daher müßte den Erzeugnissen des Lothringer und Saargebietes oder wenigstens einem Teil desselben im Friedensvertrage zollfreie Einfuhr nach Deutschland gewähr-leistet werden!

Der Abgeordnete Jules Cels verlangt in der „France de Bordeaux“ vom 17. April: „Also muß man, um die deutsche Stahlindustrie mit allem, was dazu gehört, niederzuhalten, alles tun, die deutsche Kohle zu verteuern; man muß Deutsch-land zwingen, einen bestimmten Teil der Förderung zu fest-gesetzten Bedingungen an die Verbandsmächte abzugeben.“

Man sieht, die französischen Eisenindustriellen sind gute Politiker. Sie wissen, je reicher ein Land mit Kohle und Eisenerzen versehen ist und je größer seine Eisen- und Stahl-erzeugung, um so größer sind seine realen Garantien für seine Unabhängigkeit und für das Wohlverhalten der von diesen Reichtümern abhängigen Nachbarn!

Die allgemein verbreiteten Hoffnungen Frankreichs auf eine Kriegsentschädigung zerstört freilich der Vorsitzende der Finanzkommission Raoul Perret vollständig, indem er laut „Politiken“ vom 15. April ausführt:

„Die phantastische Hoffnung, daß Deutschland sämtliche Kriegskosten bezahlen könne, kann heute kein verständiger Mensch mehr haben. Diese Möglichkeit hätte nur bestanden, wenn der Krieg kurz gewesen wäre. Mit solchen kindischen Hoffnungen betrügt man nur das Land, das eines Tages furchtbar erwachen wird.“ (Schluß folgt.)